in Trümmer sinkt. Was unser Fleiß schuf, darf nicht wieder zerstört werden ... Wir fordern: Keine neuen Atomraketen in Westeuropa — dafür Schritte zur Abrüstung! Kein Wettrüsten — dafür Fortsetzung der Entspannung!"

Nach den Parolen zum 60. Jahrestag des Roten Oktober und den Sprüchen zum 30. Geburtstag der DDR kam den SED-Strategen die Breschnew-Ankündigung gerade recht, um die vom Jubel abgeschlaffte Bevölkerung neu zu motivieren. „6,6 Millionen Bürger unterschrieben bisher die Willenserklärung der DDR", meldete „Neues Deutschland" am Freitag letzter Woche.

Mit ihrer Friedenskampagne, die begleitet wird vom „millionenfachen politischen Gespräch" (Politbüromitglied Joachim Herrmann), hofft die SED die durch politischen Überdruck und wirtschaftliche Unterversorgung vergrätzten Bürger vom tristen Alltag abzulenken. „Das ist", so ein SED-Funktionär, „ein Akt innenpolitischer Hygiene. Denn beim Thema Abrüstung gibt es keine Meinungsverschiedenheiten."

Die Entspannungskampagne hindert die DDR-Regierung freilich nicht, ihre Bürger darüber aufzuklären, wer der wahre Friedensfeind sei: die Scharfmacher in der Nato, die, so das „Neue Deutschland", noch auf den „abenteuerlichen Plänen" beharrten, in Westeuropa zusätzliche Mittelstreckenraketen zu stationieren. „Keine Frage also", befand das SED-Sprachrohr, „von wo dem Frieden, dem Glück, dem Leben Gefahr droht."

Solche Begleit-Töne des Friedensappells indes erwiesen sich als Mißgriff. Denn die Anschuldigungen gegen den Westen beeinträchtigen nicht nur den angestrebten Einheits-Effekt, sie alarmierten auch die evangelische Kirche.

Zahlreiche Bürger wiesen den Unterschriften-Sammlern die Tür, und der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR ließ am vorletzten Sonntag von den Kanzeln verkünden, die Vorschläge Leonid Breschnews verdienten zwar „ernste Beachtung", es gebe jedoch Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik, die daran zweifelten, „daß eine Unterschriftenaktion das Vertrauen schaffen hilft, durch das allein ein stabiler Frieden erreicht werden kann". Vertrauen, so belehrten die Theologen die Atheisten im Politbüro, könne nur dort wachsen, wo Gegensätze nicht verhärtet werden.

Die Christenführer nahmen die Angelegenheit so wichtig, daß sie alle Landesbischöfe nach Berlin holten, um ihr Statement zu verfassen. Die Propagandakampagne, so argumentieren die Kirchen-Oberen intern, bringe die guten Absichten Breschnews nur in Mißkredit, statt sie zu fördern.

Die Einheitssozialisten, sonst mit Verdikten gegen Kritiker rasch dabei, schwiegen bislang — aus gutem Grund: Ausgerechnet die Kirche unter die Entspannungsgegner einzureihen dürfte kaum gelingen. Die Christen nämlich predigten, wie DDR-Bürger wissen, schon lange über die „Erziehung zum Frieden", bevor die Partei auf das Thema kam.

GRÜNE

Rot einfärben

SPD und FDP wissen nicht, wie sie den Grünen beikommen können. Ihr hilfloses Konzept: die geplante Umweltschutzpartei als kommunistisch zu diskreditieren.

Noch sind die Grünen ohne Perspektive und Programm. Doch die bloße Aussicht, sie könnten sich zu einer ernst zu nehmenden politischen Kraft auf festem Standort mausern, treibt schon jetzt die Sozialliberalen zu hektischen Überlegungen, wie denn die Bewegung zu stoppen sei.

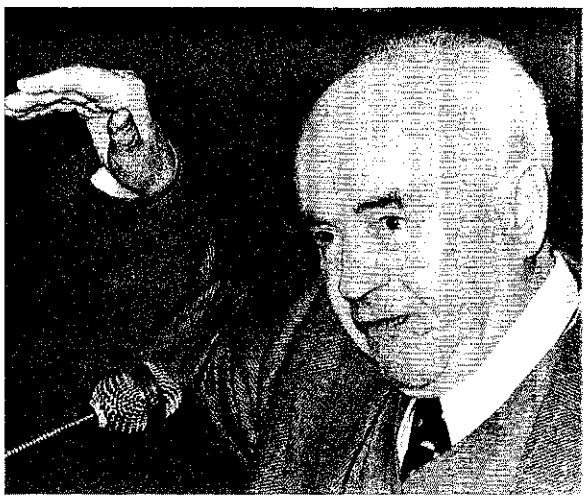
Und so heftig streiten sich mittlerweile die Sozialdemokraten um das richtige Rezept, daß vergangene Woche der Zank eine Sitzung des SPD-Vorstands sprengte.

Am letzten Montag, als die Spitzengenossen im Schöneberger Rathaus zu Berlin tagten, holte Helmut Schmidt zu einer gründlichen Analyse aus. Sein Fazit: Es lohne sich nicht für die Sozialdemokraten, mit Zugeständnissen an engagierte Umweltschützer auf Stimmenfang zu gehen.

Gestützt auf eine eigens bestellte Infas-Untersuchung, dozierte der Kanzler, daß die Grünen — wenn überhaupt — keineswegs nur im Revier der SPD wildern, sondern bei allen etablierten Parteien. In ihrer Struktur unterschieden sich die Wähler der Grünen kaum vom Durchschnitt aller Bürger. Auch in der Gunst der Grünen ist Helmut Schmidt der Größte: „Der Bundeskanzler", so er selbst, „ist um Längen populärer als Franz Josef."

Doch die Folgerung des Kanzlers und seiner Gefolgsleute, die Genossen sollten nun gefälligst aufhören, „mit den Grünen rumzuschmusen" (Arbeitsminister Herbert Ehrenberg), und statt dessen auf Konfrontation gehen, stieß bei vielen Vorstandskollegen auf Un-

Linke Grüne Bahro, Dutschke: „Wir stehen nicht rechts, nicht links ...



... wir stehen vorn": **Rechte Grüne Gruhl, Haußleiter**

verständnis. Wolfgang Roth: „Eine totale Fehleinschätzung."

Bundesgeschäftsführer Egon Bahr sprang dem ehemaligen Juso-Führer bei: Kümmere sich die Partei nicht um die Anhänger der grünen und alternativen Gruppen, verzichte sie freiwillig auf „neue Dynamik". Wenn sie aber die „notwendige Integration" verweigere, „dann bleiben zehn bis zwanzig Prozent der Erstwähler draußen vor der Tür. Und dann können wir verlieren".

Der Kanzler aber hatte zu ernsthaftem Disput keine Lust. Wortlos packte er seine Akten ein und verließ den Sitzungsraum. Seinen verdutzten Kollegen blieb nichts anderes übrig, als sich vorsichtshalber erst einmal vom grünen Spektrum abzusetzen: Sie schoben per Vorstandsbeschluß die Umweltschützer in die linke Ecke.

„Selbstverständlich" sei die SPD gegen jede „wie immer geartete neue Partei" — zumal gegen eine, in der „auch solche Mitglieder wirken, die sich nachdrücklich gegen eine eingeschränkte Nutzung der Kernenergie zur Wehr setzen, die sich aber gleichzeitig kommunistisch regierten Staaten verbunden fühlen, die ihrerseits fast ausschließlich auf die Kernkraft als Zukunftsenergie setzen".

Der Versuch, die Konkurrenz als Kommunisten zu verpetzen, zeugt freilich nur von Hilflosigkeit. Und wie den Sozialdemokraten ist auch den Liberalen bislang nichts Besseres eingefallen, als die Gegner rot einzufärben. „Der Verein", so FDP-Generalsekretär Günter Verheugen, diskreditiere sich selbst wegen mangelnder Abgrenzung von den Linken.

Bislang hatten die Sozialliberalen anders taktiert. Mal mit Aufforderung zur Diskussion, mal durch mitfühlende Anbiederung versuchten sie, dem grünen Phänomen beizukommen. FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher stilisierte sich gar zum Ziehvater aller Grünen hoch: „Ich habe den Umweltschutz erfunden."

Doch wie wenig diese Strategie verfing, zeigte sich schon bei den Landtagswahlen 1978 in Hamburg und Niedersachsen, wo die Grünen, Bunten und Alternativen die Liberalen aus dem Parlament kegelten; weiteren Auftrieb bekamen die Grünen in diesem Jahr bei den Europawahlen (3,2 Prozent) und in Bremen, wo sie mit 5,1 Prozent in das Landesparlament einzogen; zwei Drittel ihrer Wählerschaft hatten sie aus dem Reservoir der Sozialliberalen abgezweigt.

Jetzt hoffen die beiden Bonner Regierungsparteien, daß — wenn die Grünen nicht tatsächlich nach links wegdriften — es ihnen gelingt, ihre Konkurrenz mit der Gleichung „rot = grün" wenigstens optisch als Extremisten darzustellen. Denn, so der Kieler Politologe Werner Kaltefleiter: „Je

Grüne über Grüne: keine Linken

Ein Linksruck erhöht die Chancen der Grünen nicht, sondern vermindert sie. Dieser Schluß ergibt sich aus einer Untersuchung der Mannheimer „Forschungsgruppe Wahlen" für das ZDF-„Politbarometer".

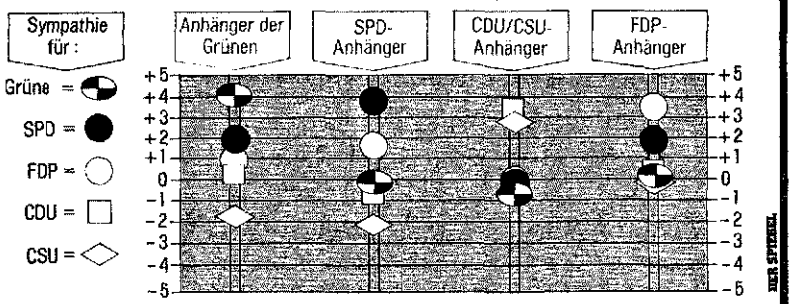
Die Interviewer waren in der zweiten Oktoberhälfte unterwegs — nach dem Erfolg der Grünen in Bremen, wo sie zum erstenmal in ein Landesparlament einzogen, und vor ihrem Offenbacher Kongreß, auf dem Linke wie Rudolf Bahro und Rudi Dutschke auftraten.

Und desto kleiner wird ihr bürgerliches Wählerpotential. Unter den Grün-Anhängern finden sich kaum Arbeiter und Bauern, fast alle sind Angestellte und Beamte.

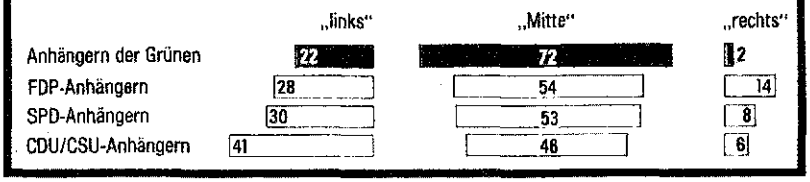
Bei den eigenen Wählern steht keine der vier Bundestagsparteien so hoch im Kurs wie die Grünen bei ihren Anhängern. Sie geben ihrer neuen Partei auf der Sympathieskala im Schnitt 4,1 von fünf möglichen Punkten.

Und deutlich wurde in der Mannheimer Untersuchung auch, daß den Grünen SPD und FDP sympathi-

Den Grünen widmete die „Forschungsgruppe Wahlen" bei einer Untersuchung im Oktober mehrere Fragen. Auf einer Skala mit Werten von + 5 bis – 5 sollten die Befragten ihre Sympathie für diese neue politische Richtung und für die anderen Parteien anzeigen. Die Ergebnisse (in Mittelwerten):



Außerdem wurden die Befragten gebeten, die Grünen politisch einzuordnen. Auf die Frage, wo die Grünen politisch stehen, antworteten von je 100



Als gefragt wurde, ob die Grünen „politisch eher links, eher in der Mitte oder eher rechts" stehen, ordneten drei von vier eigenen Anhängern die Grünen der Mitte zu. Würden sie diesen Standort verlassen, so würden viele, die heute auf die neue Farbe setzen, zu einer der etablierten Parteien zurückkehren.

Und auch die meisten SPD- und FDP-Wähler siedeln die Grünen in der Mitte an. Unter CDU/CSU-Anhängern sind die Ansichten geteilt.

Dieser Unterschied ist deshalb von Gewicht, weil es unter den sozialliberalen Wählern mehr Sympathie für die neue Richtung gibt als unter Unionswählern. Zugespitzt formuliert: Wer den Grünen nicht grün ist, ordnet sie schon heute weiter links ein, als ihre Freunde es tun. Für die Zukunft dürfte deshalb gelten: Je weiter die Grünen nach links rücken, desto größer wird die Zahl ihrer Gegner.

scher sind als CDU und CSU. Das ist nicht nur an den Skalen abzulesen. Auf die Frage, welche Bundestagspartei ihnen „am besten gefällt", nannten zwei von drei Grünen die SPD.

Diese Zuneigung wird bei weitem nicht in gleichem Maße erwidert. Sowohl unter SPD- wie unter FDP-Wählern gehen die Ansichten über die Grünen auseinander.

Das führt dazu, daß sich diese Meinungen auf der Sympathieskala bei den SPD-Wählern zu einem Durchschnittswert knapp unter, bei den FDP-Wählern knapp über Null ausgleichen. Unter den CDU/CSU-Wählern überwiegt hingegen die negative Ansicht über die Grünen. Das zeigen auch andere Ergebnisse:

Nur 21 von 100 Unions-Anhängern, aber 40 von 100 FDP- und 36 von 100 SPD-Anhängern wünschen den Einzug der Grünen in alle deutschen Parlamente.

röter die Grünen, desto geringer ihre Erfolgschancen."

Doch die Grünen haben längst die Gefahr erkannt. Als am vorletzten Wochenende rund 2000 Vertreter der Szene von der „Grünen Aktion Zukunft" (GAZ) des ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Gruhl bis zur „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher" (AUD) des nationalgesinnten Alt-Oppositionellen August Haußleiter in Offenbach zusammenkamen, fehlte es nicht an Abgrenzungsdemonstrationen.

So, als der im buntbestickten Russenkittel auftretende schleswig-holsteinische Grünen-Guru und Bio-Bauer Baldur Springmann eine Abstimmung über das Verbot der Doppelmitgliedschaft bei den Grünen und anderen Gruppen — gemeint waren Kommunisten — erzwang und nur knapp (348 zu 311) unterlag.

So, als sich ein Führungskader des Kommunistischen Bundes (KB), der „Arbeiterkampf"-Herausgeber Jürgen Reents, in seiner Eigenschaft als Mitglied der grün-bunten Programmkommission auf der lorbeergeschmückten Offenbacher Bühne präsentierte. Gruhl wütend zu dem stets um Ausgleich bemühten AUD-Vorsitzenden Haußleiter: „Sie haben mir doch versichert, der wird da nicht sitzen."

So, als sich Sozialist Rudi Dutschke scharf vom Kommunistischen Bund distanzierte, der nach „alter leninistischer Art" seine Bündnispartner erpressen wolle, oder als Sozialist Rudolf Bahro sich nachdrücklich auf „liberale Traditionen" und „engagierte Christen" berief statt auf orthodoxen Marxismus.

Ob die Bürger der sozialliberalen Propaganda folgen und eine Umweltschutzpartei für eine kommunistische Tarnorganisation halten, scheint Meinungsforschern höchst zweifelhaft. Der Mannheimer Demoskop Wolfgang Gibowski fand heraus, daß die Grünen beim Wahlvolk keineswegs als radikal oder extremistisch angesehen werden: Rund fünfzig Prozent der Befragten siedelten die Grünen in der „politischen Mitte" an (siehe Kasten Seite 23) — erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wäre damit eine Protestpartei, anders als etwa NPD oder DKP, nicht an den Rändern des politischen Spektrums angesiedelt, könnte eine neue Partei zum ersten Mal in Bonn die Fünf-Prozent-Klausel überwinden.

Zudem verfügten die Grünen, so Gibowski, über das „gesellschaftliche Vorfeld" von rund tausend Bürgerinitiativen, die den Umweltschützern in ähnlicher Weise Hilfestellung gäben wie die katholische Kirche der Union oder die Gewerkschaften der SPD.

Verblüfft mußten die Bonner Wahlstrategen in den letzten Monaten auch zur Kenntnis nehmen, daß einem Großteil der Grünen nicht mit herkömmlichen politischen Argumenten beizukommen ist, am allerwenigsten den Jung- und Erstwählern, auf die sich die SPD Ende der sechziger Jahre noch fest verlassen konnte. SPD-Geschäftsführer Egon Bahr machte bei den Grünen denn auch „teilweise Protest, teilweise Aussteigen, teilweise neue Innerlichkeit" aus.

Tatsächlich stört es die Gefolgschaft der Grünen wenig, daß sich nicht einmal ihre Vor-Denker ins politische Spektrum einordnen wollen. Den koketten Satz des GAZ-Vorsitzenden Gruhl „Wir stehen nicht rechts, nicht links, wir stehen vorn" legen fast drei Viertel der Grün-Wähler auf ihre Weise aus: Sie hielten sich, was immer das sein mag, für Vertreter der politischen Mitte.

Von der aber wollen zunehmend auch die Grünen profitieren. Der Bremer Bürgerschaftsabgeordnete Olaf Dinné, vormals SPD: „Je weiter man von links in die Mitte will, um so mehr muß man sich von den K-Gruppen distanzieren."

Diese Woche regte sich dann auch in der grünen Provinz erster Unmut über den Offenbacher Kongreß, der sich nicht deutlich genug von den Linksextremen abgegrenzt habe. In Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg, weiß Dinné, erwägen Basis-Grüne, vorab eigene Landesverbände zu gründen, in den Satzungen die Doppelmitgliedschaft strikt zu untersagen und derart fest geschlossen in die neue Partei zu marschieren. Dinné: „Das kostet uns bei den Kommunisten-Wählern vielleicht ein Prozent, dafür kriegen wir drei aus dem bürgerlichen Mittelstand."

Und auch Herbert Gruhl wird seine Truppe für die Mitte noch hoffähiger machen. Gruhl: „Schon der Begriff der kommunistischen Unterwanderung durch die Bunten ist falsch, die Bunten sind tatsächlich bunt und nicht alle rot." Ein formelles Verbot der Doppelmitgliedschaft, so Gruhl, nütze nichts; statt dessen will er die K-Gruppen, Alternativen und Bunten Listen auf einen „Knallpunkt festnageln".

Da orthodoxe Kommunisten nicht umhinkönnten, „quantitatives Wirtschaftswachstum" zu befürworten, so hofft der Bestseller-Autor („Ein Planet wird geplündert"), werde sich „die inhaltliche Unvereinbarkeit schon herausstellen". Und mit den dogmatischen Dauer-Diskutierern will er sich künftig auch nicht mehr auf Marathon-Debatten einlassen. Dringlicher aber sei jetzt, dem Bundeswahlleiter rechtzeitig vor der baden-württembergischen Landtagswahl im März erst mal Partei und Programm zu präsentieren.

SPD und FDP sehen die Entwicklung mit Unbehagen. Denn je stärker die Abgrenzung von den K-Gruppen Konturen annimmt, desto größer wird die Gefahr, daß die Grünen in jene kritische und politisch überdurchschnittlich engagierte Wählerschaft einbrechen, der die sozialliberale Koalition ihre Existenz verdankt.

So stellte die FDP-Abteilung „Planung und Grundsatz" in einer parteiinternen Analyse der Bremen-Wahl fest: „Die Grünen und Alternativen sind am erfolgreichsten in den bürgerlichen Wohngebieten" — eben da, wo auch die Verluste der FDP „überdurchschnittlich" waren.

Und die Sozialdemokraten können nach dem Wahlerfolg der Grünen in Bremen auch nicht mehr so sicher wie

Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt

„Grün ist ein weiter Begriff! Dachten Sie an etwas Besonderes?"

einst auf ihre letzte Trumpfkarte setzen, die sie immer dann aus dem Ärmel ziehen, wenn sie gegen Rote, Grüne, Bunte und parteiinterne Oppositionelle nicht mehr weiter wissen: auf das Argument, daß jede an eine Splitterpartei verschenkte Stimme dem Kanzlerkandidaten der Union zugute kommt.

Beinahe als Wahlhelfer trat da vergangene Woche der christdemokratische Politik-Professor Werner Kaltefleiter im ZDF auf, als er seine Rechnung aufmachte: Wenn die Grünen nur vier Prozent der Stimmen erhalten, schaffen CDU/CSU mit 47 Prozent die absolute Mehrheit.

Das wollen freilich auch die neuen Konkurrenten der Sozialliberalen nicht. In ungewohnter Eintracht entwickelten Grüne, Bunte und Linke am Rande des Offenbacher Kongresses ihre Vorstellungen, wie sie einen Wahlsieger Strauß wieder auf Null bringen. Eine SPD-Minderheitsregierung, grinste Gruhl, würde er nach Einzug ins Parlament zumindest in der Kanzlerfrage unterstützen — gegen Strauß.

AFFÄREN

Zwielichtige Geschichte

Mit ihren Verhören palästinensischer Häftlinge in bayrischen Gefängnissen wollten die Israelis, so mutmaßen Bonner Behörden, die guten Kontakte des Bundeskriminalamts zur PLO stören.

Im Außenministerium zu Algier und im Bundesinnenministerium an Bonns Rheindorfer Straße berieten Experten über das gleiche Thema: die Hintergründe des bayrischen Gefängnis-Skandals, bei dem israelische Geheimdienstler palästinensische Untersuchungshäftlinge verhört hatten.

Unabhängig voneinander kamen Deutsche und Algerier zur selben Erkenntnis. Den Israelis, so mutmaßten sie, sei es nicht nur darum gegangen, von den einsitzenden Palästinensern Informationen zu erlangen. Sie seien nunmehr auch noch daran interessiert, die Vorgänge in bayrischen Strafanstalten zum Schaden des deutsch-arabischen Verhältnisses auszuschlachten.

Denn Jerusalem beobachtet mit wachsendem Argwohn, daß die Beziehungen zwischen Bonn und den Arabern, insbesondere auch zu Jassir Arafats Palästinensischer Befreiungsorganisation PLO, in letzter Zeit immer intensiver wurden.

Bonner Sicherheitsfachleute vermuten, daß die Israelis die Information streuten, das Bundeskriminalamt (BKA) hätte einem offiziellen PLO-Vertreter Zugang zu dem in Straubing inhaftierten Palästinenser Salim Sejaan verschafft.

Innenminister Baum und das ihm unterstellte BKA, das nach Angaben des Innenministers mit der Geheimdienst-Affäre nichts zu tun hatte, sollten nun ebenso in die zwielichtige Geschichte verstrickt sein wie zuvor schon der Bundesnachrichtendienst (BND) und das bayrische Landeskriminalamt, die den israelischen Agenten den Zutritt zu palästinensischen Untersuchungshäftlingen ermöglicht hatten.

Die Israelis hätten damit bezweckt, in der Öffentlichkeit den Eindruck entstehen zu lassen, das BKA habe einem Helfershelfer der vier wegen geplanter Sprengstoffanschläge verhafteten Palästinensern den Weg in die Zelle gebahnt.

Doch die Wahrheit sieht anders aus. Während die Verhöre von palästinensischen Untersuchungshäftlingen durch israelische Geheimdienstler eindeutig widerrechtlich waren, verlief die Visite des PLO-Vertreters bei dem rechtskräftig verurteilten Salim Sejaan in Straubing streng nach Vorschrift und gemäß den Regeln internationalen Konsularwesens.

BKA-Chef Herold
Hilfegesuch an die PLO

Daß der PLO-Mann wie ein Angehöriger eines Staates behandelt wurde, kam den Israelis, die mit aller Macht die internationale Anerkennung der Befreiungsorganisation verhindern wollen, nicht zupaß. Dabei hatten sie nach Erkenntnissen des BKA die Aufwertung der PLO in der Bundesrepublik selbst gefördert — durch eine andere Geheimdienst-Intrige.

Im Januar 1979 war in Beirut bei einem Attentat auf den Arafat-Adoptivsohn Salameh, einen mutmaßlichen Drahtzieher des Münchner Olympia-Massakers, eine israelische Agentin namens Erika Maria Chambers beteiligt. Der israelische Geheimdienst hatte die Dame zuvor einige Jahre lang in Wiesbaden nahe dem Bundeskriminalamt und in Köln beim Sitz des Bundesamtes für Verfassungsschutz einquartiert. Zweck der Übung: Die PLO sollte glauben, BKA und Verfassungsschutz hätten beim Anschlag auf Salameh die Finger im Spiel gehabt.

Der Plan mißlang. In Beirut arbeiteten Palästinenser und Ermittlungsbeamte aus Wiesbaden bei der Aufklärung des Anschlags Hand in Hand — und schufen so das Fundament für ein in diesem Frühjahr geschlossenes Geheimabkommen zwischen der PLO und dem BKA. Darin vereinbarten die auf internationale Reputation bedachten Palästinenser mit den Deutschen eine Art Waffenstillstand für das Gebiet der Bundesrepublik und verabredeten überdies enge Zusammenarbeit beim Kampf gegen deutsche Terroristen.

Die PLO gelobte, sie wolle nach und nach alle deutschen Terroristen ausliefern, die sie in ihrem Einflußbereich zu

Entlassene Palästinenser Hamade, Sejaan: Nach Damaskus abgeschoben